



3

Herrn Präsident
Jürgen Mandl, MBA
Wirtschaftskammer Kärnten
Europaplatz 1
9021 Klagenfurt am WS

Klagenfurt, am 06. Mai 2024

Antrag an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Kärnten am 28. Mai 2024

EU-Bürokratiewahnsinn im Zusammenhang mit absurden Green Deal verhindern!

Die Freiheitliche Wirtschaft (FW) warnt vor den massiven Auswirkungen des Überregulierungs- und Bürokratiewahns der EU im Rahmen des Green Deals. Unter anderem werden Maßnahmen wie die ESG-Kriterien, die Entwaldungsverordnung, die Kreislaufwirtschaft und die EU-Taxonomie in sämtlichen Bereichen umgesetzt, was zu einer erheblichen Belastung für Unternehmen führen würde.

Die EU lebt ihren Überregulierungswahn mittels Green Deal in sämtlichen Bereichen aus. Das ist für viele Unternehmen mit massive Veränderungen verbunden. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, über diese Thematik aufzuklären und diesem Bürokratiewahn entgegenzuwirken. Diesem bürokratischen EU-Monster muss der politische Kampf angesagt werden. Unternehmen, welche Auflagen nicht erfüllen können oder wollen, müssen vor schwerwiegenden Konsequenzen geschützt werden.

Darüber hinaus weist die Freiheitliche Wirtschaft auf die soziale Komponente hin, die von den neuen Regelungen betroffen ist. So wird etwa die Förderung von Quoten in Führungspositionen durch diese Regelungen beeinflusst. Unternehmen, die dem zukünftigen Zeitgeist nicht entsprechen, drohen eine schlechtere Einstufung, höhere Zinsen oder sogar der Verlust von Finanzierungsmöglichkeiten. Diesen wirren linken Ideen ist Einhalt zu gebieten.

Eine Rückführung der EU zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) erscheint in diesem Zusammenhang als einzig richtiger Schritt, um den Überregulierungswahn der realitätsfremden EU-Verwalter einzudämmen und eine ausgewogene, liberale Wirtschaftspolitik zu gewährleisten. Nur durch eine Rückkehr zu vernünftigen und praxisnahen Regelungen kann die Wirtschaft gestärkt und Innovationen gefördert werden.

Antrag:

Die Vertreter der Freiheitlichen Wirtschaft fordern daher die Wirtschaftskammer auf, in Verhandlungen mit der Bundes- bzw. Landesregierung darauf drängen, auf die ausufernde Bürokratie im Zusammenhang mit dem "Green Deal" zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten aufmerksam zu machen und darauf zu drängen, die Bestimmungen entsprechend rational zu gestalten

WKK-Vizepräsident
KommR. Günter G. BÜRGER

WP Delegierter Lim Stv.
KommR. Friedrich REINBOLD